

Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft

Rudolfsplatz 13a

1010 Wien

Per E-Mail an: tarife@e-control.at

Kontakt
Dr. Kreikenbaum

DW
224

Unser Zeichen
STN 20./2017

Ihr Zeichen

Datum
15.11.2017

Stellungnahme der Sparten Erzeugung sowie Handel & Vertrieb zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-VO 2018)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sparten Erzeugung sowie Handel & Vertrieb von Oesterreichs Energie danken für die
Gelegenheit, zum vorliegenden Entwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Unsere Hauptanliegen sind:

- Die Anhebung der Arbeitskomponente des Netznutzungsentgelt (NNE) für Pumpspeicher, die nicht nur systemschädlich wirkt, sondern auch zu einer nicht nachvollziehbaren tariflichen Ungleichbehandlung von Pumpspeichieranlagen und Anbietern von Regelernergie führt, wird fachlich fundiert abgelehnt.
- Das Entgelt für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen soll angemessen sein.

Entlastung der Stromerzeuger positiv

Grundsätzlich positiv wird anerkannt, dass der Entwurf zur SNE-VO 2018 beim Systemdienstleistungsentgelt eine punktuelle Entlastung der Erzeugung vorsieht. Allerdings muss die anstehende Tarifstrukturreform hier – wie schon in unseren Stellungnahmen zu früheren SNE-VO angemerkt – noch deutliche weitere Verbesserungen für die österreichischen Kraftwerksbetreiber bringen. Einerseits, um eine wirkliche Chancengleichheit mit ausländischen Erzeugern zu gewährleisten, und andererseits, um den Europäischen Network Guidelines zum Electricity Balancing Genüge zu tun.

Anhebung der NNE für PSKW wird abgelehnt

Dem völlig entgegenstehend wird aber von uns äußerst kritisch beurteilt, dass es im Bereich der Pumpspeicher beim NNE nicht zu einer längst erforderlichen Senkung, sondern sogar zu einer Anhebung der Arbeitskomponente um 174 % (!) kommt. Dies ist nicht nur im Vergleich zu den umliegenden Ländern eine dramatische Verschlechterung, es bedeutet auch eine erhebliche Entwertung der Assets, welche sich schon kurzfristig negativ auf den Einsatz dieser Anlagen auswirken wird.

Eine Erhöhung in dieser Größenordnung würde auch dem verfassungsrechtlich anerkannten Grundrecht auf Vertrauensschutz widersprechen: Nach ständiger Rechtsprechung dürfen die Rechtsunterworfenen bei langfristigen Dispositionen auf die Rechtslage zum Zeitpunkt des Handelns vertrauen. Aus diesem Grund verlangt die Rechtsprechung, dass Erhöhungen oder Änderungen der bestehenden rechtlichen Bestimmungen angemessen sein müssen.

Mit dieser Maßnahme negiert man auch die enorme Bedeutung der Pumpspeicher für das österreichische Energie- und Stromsystem und für die angestrebte Energie-/Stromwende, insbesondere für die Aufrechterhaltung der Systemstabilität und die Integration der volatilen Erneuerbaren ins Energiesystem. Die Systemdienlichkeit der Pumpspeicher ist faktisch evident, da diese nicht nur bedeutende Flexibilitätsprodukte im Rahmen der Regelleistung bereitstellen oder Lastdeckungsprobleme lösen können (wie insbesondere im letzten Winter unter Beweis gestellt werden konnte), Pumpspeicher sind auch für Einspeisungen bei Redispatch-Operationen zentral. Dass für die systemdienlichen und -stützenden Leistungen im Vorfeld Wasser in die hochliegenden Speicher gepumpt werden muss und dass dies zu Zeiten geringer Strompreise (d.h. bei Stromüberschüssen, immer stärker aus erneuerbaren Quellen) erfolgt, ist nicht nur im betriebswirtschaftlichen, sondern auch im volkswirtschaftlichen Interesse geboten. Wenn man dies konterkariert, wird dies unweigerlich zur Folge haben, dass derartige systemdienliche Maßnahmen teurer werden oder deren Bereitstellung gefährdet ist.

Dass die Bedeutung von Energie- und insbesondere von Stromspeichern für die Systemicherheit in Zeiten zunehmend volatiler und dezentraler Erzeugung massiv zunimmt, wird zwischenzeitlich von fast allen maßgeblichen Energiewirtschaftsexperten anerkannt. Daher sollten Einsatz, Ausbau, technische Optimierungen sowie Neuprojekte nicht durch tarifliche Maßnahmen gehemmt, sondern im Gegenteil entsprechend angereizt werden. Schon die seit 1. Jänner 2009 bestehende Doppelbelastung der Pumpspeicherkraftwerke mit Netzentgelten wirkt kontraproduktiv, und wir plädieren daher - wie schon in unseren Stellungnahmen zu früheren SNE-VO angemerkt - zu einer raschen grundsätzlichen Reform, um die bestehenden massiven Verschlechterungen der Wettbewerbsposition gegenüber den Nachbarländern zu beheben.

Im mitteleuropäischen Vergleich werden nur österreichische Pumpspeicherkraftwerke mit Netznutzungsentgelten für Pumpspeicherung belastet. Dies stellt bereits derzeit eine erhebliche Benachteiligung der österreichischen Anlagen dar. Dieser Wettbewerbsnachteil würde sich durch die geplante Tarifierung nochmals wesentlich erhöhen.

Entgelt für Gemeinschaftsanlagen soll angemessen sein

Die kürzlich geschaffene Möglichkeit, PV-Anlagen auf Mehrparteienhäusern zu installieren, sollte nicht durch eine prohibitive Tarifgestaltung konterkariert werden. Daher sollte ein Pauschalbetrag pro Zählpunkt - insbesondere bei einer Änderung des Aufteilungsschlüssels – jedenfalls angemessen angesetzt werden, um sich nicht hinderlich auf den Roll Out dieser grundsätzlich wünschenswerten Einrichtung auszuwirken und die angestrebte breite Nutzung zu konterkarieren.

Im Detail nehmen wir zum vorliegenden VO-Entwurf wie folgt Stellung:

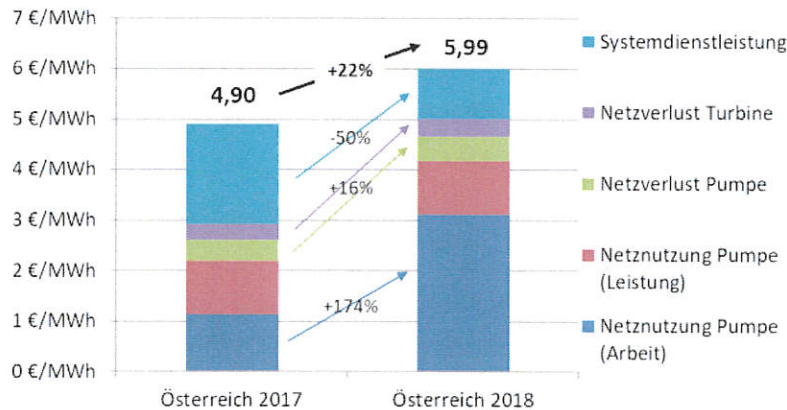
Zu § 5 (1) Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt mit Netzentgelten belastet. Mehrfach angemerkt haben wir, dass Pumpspeicher, auch Bestandsanlagen, vom entnehmerseitigen Netznutzungsentgelt befreit werden müssen, um eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene zu erreichen.

Das NNE (Netto-Arbeitskomponente) soll von derzeit 0,85 €/MWh auf 2,33 €/MWh angehoben werden (analog zur der Anhebung der Arbeitstarife auf der Netzebene 1 - Nettoarbeit). Eine derart massive Anhebung des Arbeitsentgelts für Pumpstrom bedeutet nicht nur eine erhebliche Entwertung dieser Assets, sondern wird sich auch negativ auf den Einsatz und den weiteren Ausbau solcher Anlagen auswirken. Eine solche gravierende Verschlechterung wird dezidiert abgelehnt.

Nachfolgende Grafik zeigt beispielhaft, mit welchen hohen Netzentgelt-Belastungen PSKW in Österreich bereits heute und dann zukünftig zu kämpfen haben.

Belastung Pumpspeicherung durch Entwurf SNE-VO 2018



Prämissen

Wälzwirkungsgrad 75 %

Volllaststunden Pumpe: 1250 h

Einspeisung Netzebene 1

Gesamtbelastung Netzebene 3 Salzburg: 6,60 €/MWh (Netzverlustentgelt 0,62 €/MWh)

Gesamtbelastung Netzebene 3 Kärnten: 6,11 €/MWh (Netzverlustentgelt 0,41 €/MWh)

Bei Altanlagen weitere Verschlechterung durch schlechteren Wirkungsgrad

Die Erhöhung des Arbeitsentgelts für Pumpstrom ist umso unverständlicher, als bei (anderen) Anbietern von Regenergie eine solche Anhebung nicht vorgesehen wird. Anbieter von (negativer) Regenergie wurden ursprünglich mit dem Argument an die Tarifregelung für Pumpspeicher angeglichen, dass diese, so wie Pumpspeicher, ebenfalls netz- und systemdienlich tätig wären.

Die außerordentliche systemdienliche Bedeutung der Pumpspeicher ist hinlänglich bewiesen und bekannt, sei es nun im Rahmen der Regenergie, sei es für das Redispatch, sei es bei Lastdeckungsproblemen, wie letzten Winter. Hier darf es zu keiner unsachlichen Privilegierung einer Seite kommen und der Gleichklang im Bereich des NNE für Anbieter von Regenergie mit jenem für Pumpspeicher muss nicht nur aus qualitativen Gründen, sondern auch aus Gründen eines Level Playing Fields erhalten bleiben.

Zu § 5 (1) Z 9 Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regenergie

Die systemstabilisierende Funktion der Anbieter von negativer Regenergie, so wie die von Pumpspeichern, rechtfertigt einen speziellen Tarif. Dieser muss sicherstellen, dass Endverbraucher zu gleichen Bedingungen wie Pumpspeicherkraftwerke Regenergie anbieten können – dieses Level Playing Field ist für einen fairen Wettbewerb von zentraler Bedeutung.

Nur ein Level Playing Field verbreitert die Palette der Anbieter von Regelernergie, stärkt den Wettbewerb unter den Anbietern, erhöht die Liquidität des Regelergiemarktes und trägt damit zur Versorgungssicherheit bei. Daher muss der Sondertarif für Anbieter von Regelernergie in gleicher Höhe auch für Pumpspeicher gelten. Die nun avisierte Entkopplung der beiden Tarife wird strikt abgelehnt.

Zu § 6 Netzverlustentgelt

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. Die Einbeziehung der Erzeugung in diese Tarifkomponente lehnen wir ab.

Zu § 9 Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts

Die verringerte Belastung durch Systemdienstleistungsentgelte bringt eine faktische Entlastung der Erzeugung, was als ein positives Signal anzuerkennen ist. Diese Entlastung ist der Reduktion der Beschaffungskosten der Sekundärregelung geschuldet und nicht einer grundsätzlichen Reform der Kostenzuordnung. Die geplante Reform der Tarifstruktur muss hier weitere Verbesserungen für die österreichischen Kraftwerksbetreiber bringen, einerseits um Chancengleichheit mit ausländischen Erzeugern zu gewährleisten, andererseits um den Network Guidelines zu Electricity Balancing Genüge zu tun.

Zu § 11 (1) Z 5 Entgelt für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen

Die gesetzliche Ermöglichung der Installation von Erzeugungsanlagen auf Mehrparteienhäusern durch eine Änderung im EIWOG wurde begrüßt. Um dieser Möglichkeit auch in der Praxis zur Realisierung zu verhelfen, bedarf es einer tariflichen Gestaltung, die potenzielle Vorteile für Nutzer nicht a-priori zunichtemacht.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Österreichs Energie, Sparten Erzeugung sowie Handel & Vertrieb, und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Leonhard Schitter
Präsident



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin